

Hui Huang

**Das Rechtssystem des Banküberweisungsverkehrs
in der VR China**

**Schriften zum Europäischen
und Internationalen Privat-, Bank-
und Wirtschaftsrecht**

EIW Band 3

Schriften zum Europäischen und Internationalen Privat-, Bank- und Wirtschaftsrecht

Herausgegeben von

Professor Dr. Horst Eidenmüller, LL.M. (Cambridge), München

Professor Dr. Dr. Stefan Grundmann, LL.M. (Berkeley), Berlin

Professor Dr. Susanne Kalss, LL.M. (Florenz), Wien

Professor Dr. Wolfgang Kerber, Marburg

Professor Dr. Karl Riesenhuber, M.C.J. (Austin/Texas), Frankfurt (Oder)

Dr. Heike Schweitzer, LL.M. (Yale), Hamburg

Professor Dr. Hans-Peter Schwintowski, Berlin

Professor Dr. Reinhard Singer, Berlin

Professor Dr. Christine Windbichler, LL.M. (Berkeley), Berlin

EWB Band 3



De Gruyter Recht · Berlin

Hui Huang

Das Rechtssystem des Banküberweisungsverkehrs in der VR China



De Gruyter Recht · Berlin

Dr. Hui Huang, Humboldt-Universität zu Berlin

∞ Gedruckt auf säurefreiem Papier,
das die US-ANSI-Norm über Haltbarkeit erfüllt.

ISBN 3-89949-264-1

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© Copyright 2005 by De Gruyter Rechtswissenschaften Verlags-GmbH, D-10785 Berlin

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Printed in Germany

Umschlaggestaltung: Christopher Schneider, Berlin

Datenkonvertierung/Satz: WERKSATZ Schmidt & Schulz GmbH, Gräfenhainichen

Druck: Druckerei Gerike GmbH, Berlin

Bindung: Lüderitz & Bauer Classic GmbH, Berlin

Geleitwort der Herausgeber

Europäisierung und Internationalisierung fordern die Rechtswissenschaft in besonderem Maße heraus. Die Einteilung in Fachgebiete und das Verhältnis zu anderen Sozialwissenschaften bedürfen der kritischen Neubewertung angesichts vielfacher Wechselwirkungen. Querbezüge zwischen wirtschaftsrechtlicher Regulierung und privatautonomer Gestaltung zeigen diese Entwicklung in aller Deutlichkeit. Eine sich über Deutschland hinaus öffnende Rechtswissenschaft muß sich solchen Herausforderungen stellen. Dafür steht exemplarisch das Recht der Finanzdienstleistungen als Querschnittsmaterie von Privatrecht und (öffentlichem) Wirtschaftsrecht. Dem will die vorliegende Reihe inhaltlich und methodisch Rechnung tragen. Neben dem Bank-, Kapitalmarkt- und Finanzrecht als Schwerpunkt zeigen Gesellschaftsrecht, Wettbewerbs- und Kartellrecht, Immaterialgüterrecht, Insolvenzrecht und auch Arbeitsrecht ähnliche Überlagerungen. Die intensive, international orientierte Bearbeitung der Überschneidungen von klassischem Privatrecht, insbesondere Vertragsrecht, und Wirtschaftsrecht verspricht reichen Ertrag, gerade auch auf europäischer Ebene unter dem zusammenfassenden Aspekt des Unternehmensrechts.

In der Reihe soll die herausragende Monographie ebenso ihren Platz finden wie der Tagungsband, Werke auf Deutsch ebenso wie gelegentlich auf Englisch. Ökonomisch ausgerichtete Arbeiten sollen neben die juristischen treten, die den Schwerpunkt bilden. In der Reihe sollen Werke zu Europäisierung und Internationalisierung zusammen kommen, die das Wirtschaftsrecht und das wirtschaftlich gedachte Privatrecht in hervorragender Weise befördern.

Im September 2004

*Horst Eidenmüller, Stefan Grundmann, Susanne Kalss,
Wolfgang Kerber, Karl Riesenhuber, Heike Schweitzer,
Hans-Peter Schwintowski, Reinhard Singer,
Christine Windbichler*

Vorwort

Die vorliegende Arbeit lag der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin im Sommer 2005 als Dissertation vor.

Mein herzlicher Dank gilt Herrn Prof. Hans-Peter Schwintowski, der mich auf die Kodifizierung des deutschen Überweisungsrechts aufmerksam gemacht und damit den Anstoß zu diesem Vergleich gegeben hatte. Ganz besonders möchte ich Herrn Prof. Schwintowski für seine fordernde aber wohlwollende und geduldige Betreuung und sein Vertrauen danken. Für die rasche Erstellung des Zweitgutachten bin ich Herrn Prof. Stefan Grundmann zu großen Dank verpflichtet.

Für die Unterstützung bei der Veröffentlichung möchte ich dem Institut für Bank- & Kapitalmarktrecht und dem LLM-Programm der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, dem Katholischen Akademischen Ausländer-Dienst (KAAD) danken.

Dank auch an alle Korrektoren: Steffi Birkholz, Claudia Carl, Ralf Hamester, Olaf Schäfer, Dr. Ulli Tiel, und insbesondere Nina Hüfken und Thomas Fahrnholz, ohne deren Hilfe die Abfassung der deutschen Reinschrift nicht möglich gewesen wäre.

Das Buch ist meiner Familie und meinen Freunden, Carola Tiedke und Huijuan Huang-Tiel, gewidmet.

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	XXI
Einleitung	1
 Teil 1 Die Rechtsgrundlage des Banküberweisungsverkehrs in der VR China	 5
 Kapitel 1 Die rechtliche Entwicklung des Bankwesens und des Zahlungs- bzw. Überweisungsverkehrs	 5
A. Die Entstehung und Entwicklung des Rechtssystems des Bankwesens und des Zahlungsverkehrs vor der Gründung der VR China	5
B. Der Aufbau und die Entwicklung des Rechtssystems des Bankwesens und des Zahlungsverkehrs nach der Gründung der VR China in 1949	9
C. Die aktuellen Rechtsquellen des Überweisungsverkehrs	25
D. Zusammenfassung des Kapitels	32
 Kapitel 2 Die Grundbegriffe	 34
A. Die Überweisung	34
B. Der Überweisungsauftrag	42
C. Die an der Überweisungskette Beteiligten	43
D. Bank und Finanzinstitut	45
E. Zusammenfassung des Kapitels	45
 Kapitel 3 Die rechtliche Praxis der Überweisung	 47
A. Die Eröffnung des Verrechnungskontos	47
B. Die technische Abwicklung der Überweisung	53
C. Zusammenfassung des Kapitels	68
 Kapitel 4 Die rechtsdogmatischen Grundlagen der Überweisung	 70
A. Das Kontoverhältnis im Zahlungsverkehr	70
B. Der Überweisungsauftrag und der Überweisungsvertrag	77
C. Die Überweisung als bargeldlose Zahlungsform	82
D. Zusammenfassung des Kapitels	90

Inhaltsübersicht

Teil 2	Die Rechtsstellung der einzelnen beteiligten Parteien bei Leistungsstörungen	93
Kapitel 5	Die Grundlegenden gesetzlichen Bestimmungen des Haftungssystems im Überweisungsverkehr	93
A.	Die Haftungsregelungen in der ZVM von 1997	93
B.	Die Bewertung der Bankhaftung in der ZVM am Maßstab der §§ 6, 33 und 73 KGB	102
C.	Die Bewertung und Ergänzung des Haftungsrechts in der ZVM und im KGB am Maßstab des VG und der AGZ	106
D.	Zusammenfassung des Kapitels	119
Kapitel 6	Die Rechtsstellung des Überweisenden bei Leistungsstörungen	121
A.	Die Rechtsstellung bei einer „störungsfreien“ Überweisung	121
B.	Die Rechtsstellung bei einer fehlgeschlagenen Überweisung	128
C.	Die Konkretisierung des Verschuldens anhand von Einzelfällen	140
D.	Zusammenfassung des Kapitels	161
Kapitel 7	Die Rechtsstellung der beteiligten Banken bei Leistungsstörungen	163
A.	Die Rechtsstellung bei einer störungsfreien Überweisung	163
B.	Die Rechtsstellung bei einer fehlgeschlagenen Überweisung	175
C.	Sonderproblem: Das Aufrechnungs- bzw. „Entziehungsrecht“	179
D.	Zusammenfassung des Kapitels	187
Kapitel 8	Die Rechtsstellung des Überweisungsempfängers bei Leistungsstörungen	190
A.	Die Rechtsstellung dem Überweisenden gegenüber	190
B.	Die Rechtsstellung den beteiligten Banken gegenüber	196
C.	Sonderproblem: die Rückzahlungspflicht	200
D.	Zusammenfassung des Kapitels	205
Fazit		207
Literaturverzeichnis		210
Sachverzeichnis		219

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXI
Einleitung	1
Teil 1 Die Rechtsgrundlage des Banküberweisungsverkehrs in der VR China	5
Kapitel 1 Die rechtliche Entwicklung des Bankwesens und des Zahlungs- bzw. Überweisungsverkehrs	5
A. Die Entstehung und Entwicklung des Rechtssystems des Bank- wesens und des Zahlungsverkehrs vor der Gründung der VR China	5
I. In der Kaiserzeit (vor 1911)	5
1. Die Entstehung des modernen Bankwesens und des Zahlungs- verkehrs	5
2. Die Entstehung des modernen Rechtssystems hinsichtlich des Bank- wesens und des Zahlungsverkehrs	6
II. In der Republik China (Guomindang-Regierung) (1912–1949)	7
1. Die Entwicklung des Bankwesens und des Zahlungsverkehrs	7
2. Die Entwicklung des Rechtssystems hinsichtlich des Bankwesens und des Zahlungsverkehrs	8
B. Der Aufbau und die Entwicklung des Rechtssystems des Bankwesens und des Zahlungsverkehrs nach der Gründung der VR China in 1949	9
I. Vor der Reform und Öffnung (1949–1978)	10
1. Der Aufbau des sozialplanwirtschaftlichen Bankwesens	10
2. Die Entstehung und Entwicklung des Bankzahlungs- bzw. Bank- überweisungssystems	11
a. Der Aufbau des sozialplanwirtschaftlichen Bankzahlungs- systems	11
b. Schwierige Entwicklung von 1958 bis 1977	12
c. Der Erlass der BVM von 1972, 1977 und der KontoM 1977	13
II. Nach der Reform und Öffnung (1978 bis heute)	14
1. Der Aus- und Umbau des Bankwesens und der Träger des Zahlungs- verkehrs	14
a. Der Umbau der Chinesischen Volksbank zur Zentralbank	14
b. Die Kommerzbanken als Hauptträger des Zahlungsverkehrs	15
(1) Die staatlichen Kommerzbanken	15
(2) Die kommerziellen Aktienbanken	16

Inhaltsverzeichnis

(3) Die Kreditgenossenschaften und die Stadt- (<i>chengshi yinhang</i>) bzw. Landbanken (<i>nongcun shangye yinhang</i>)	17
(4) Die kommerziellen Banken mit ausländischen Elementen . . .	18
c. Die Post	19
2. Die Entwicklung des Bankzahlungssystems und seine rechtlichen Grundlagen	19
a. Zu erörternde Probleme des chinesischen Bankzahlungs- verkehrs	19
b. Das Referat zur Bankzahlungsreform und die Revision der BVM im Jahr 1988	21
c. Der Erlass des WSG im Jahr 1995 und der ZVM im Jahr 1997 . .	22
d. Die Entwicklung des Kontosystems und die entsprechenden Rechtserlasse	23
C. Die aktuellen Rechtsquellen des Überweisungsverkehrs	25
I. Wichtige gesetzliche Normen des Überweisungsverkehrs	25
1. Das gesetzliche Recht und dessen Rangordnung	25
2. Die Anwendungsregeln des Gesetzesrechts	26
3. Wichtige Normativbestimmungen für den Überweisungsverkehr .	27
a. Die Rechtserlasse der Volksbank als Sonderrecht	27
b. Das KBG 1995 und das WSG 1995	28
c. Die allgemeinen zivilrechtlichen Rechtsnormen	29
II. Rechtsprechung	30
III. Rechtstheorie und Literatur	32
D. Zusammenfassung des Kapitels	32
 Kapitel 2 Die Grundbegriffe	 34
A. Die Überweisung	34
I. Die Definition und gebräuchliche Bezeichnungen	34
II. Arten der Überweisung	36
1. „ <i>xin hui</i> “ (Briefliche Überweisung) und „ <i>dian hui</i> “ (Telegraphische bzw. Elektronische Überweisung)	36
2. „ <i>lianhang huidui</i> “ (Innerbetriebliche Überweisung) und „ <i>kuahang huidui</i> “ (Außerbetriebliche Überweisung)	37
3. „ <i>guonei huidui</i> “ (Inlandsüberweisung) und „ <i>guoji huidui</i> “ (Auslandsüberweisung)	39
4. „ <i>danwei huidui</i> “ (Überweisungen der Einheiten) und „ <i>geren huidui</i> “ (Überweisungen von Privatpersonen)	40
5. „ <i>renminbi huidui</i> “ (CNY- Überweisung) und „ <i>waihui huidui</i> “ (Devisenüberweisung)	41
6. „ <i>zhiju huidui</i> “ (Belegbegleitete Überweisung) und „ <i>wu zhiju huidui</i> “ (Beleglose Überweisung)	42
B. Der Überweisungsauftrag	42

C. Die an der Überweisungskette Beteiligten	43
I. Der Überweisende und der Überweisungsbegünstigte	43
II. Die Überweisungs-, Zwischen-, und Empfängerbank	44
D. Bank und Finanzinstitut	45
E. Zusammenfassung des Kapitels	45
 Kapitel 3 Die rechtliche Praxis der Überweisung	47
A. Die Eröffnung des Verrechnungskontos	47
I. Definition und Klassifikation des Verrechnungskontos	47
II. Eröffnung der Verrechnungskonten von Einheiten	48
1. Die CNY-Verrechnungskonten der Einheiten	48
a. „jiben jiesuan zhanghu“ (Basiskonto; Basic Account)	48
b. „yiban cunkuan zhanghu“ (Normalkonto; Current Account)	49
c. „zhuanmen cunkuan zhanghu“ (Spezialkonto; Special Project Account)	49
d. „linshi cunkuan zhanghu“ (Vorläufiges Konto; Temporary Account)	50
2. Die Devisenverrechnungskonten der Einheiten	50
III. Das Verrechnungskonto der Privatpersonen	51
B. Die technische Abwicklung der Überweisung	53
I. Die Erteilung und die Annahme des Überweisungsauftrags	53
1. Die Erteilungsform und das Auftragsformular	53
2. Der Inhalt des Auftrags	53
3. Die Deckung der Überweisung und deren Gebühren	54
4. Die Annahme des Überweisungsauftrags	56
II. Die Zahlungssysteme zwischen den Banken (Bankzahlungssystem)	56
1. Die Rolle der Volksbank und der Überblick über die Entwicklung des chinesischen Bankzahlungssystems	57
2. Das innerörtliche Zahlungssystem der Volksbank (LCHS)	58
a. Der „Local Change House“ (LCH)	58
b. Die Abwicklung und die Mittelverrechnung des LCHS	59
3. Das überörtliche Zahlungssystem der Volksbank	61
a. Das Nationale Manuelle Zahlungssystem (NMZ)	61
b. Das Nationale Elektronische Zahlungssystem der Volksbank (EIS)	62
(1) Überblick	62
(2) Die Abwicklung und die Mittelverrechnung	63
4. Das Elektronische Zahlungssystem der Kommerzbanken (EZK)	64
5. Das Chinesische Moderne Zahlungssystem (CNAPS) und das Großzahlungssystem (GZS)	64
a. Das Chinesische Moderne Zahlungssystem (CNAPS)	64
b. Das Großzahlungssystem (GZS)	65
(1) Überblick	65
(2) Die Abwicklung und die Mittelverrechnung	66

Inhaltsverzeichnis

III. Die Übertragung des Überweisungsbetrags durch die Empfängerbank an den Empfänger	67
C. Zusammenfassung des Kapitels	68
Kapitel 4 Die rechtsdogmatischen Grundlagen der Überweisung	70
A. Das Kontoverhältnis im Zahlungsverkehr	70
I. Das Verrechnungskonto und der Verrechnungsvertrag	70
1. Die Definition und der Inhalt des Verrechnungsvertrages	70
2. Die Pflichten der Bank	72
3. Die Pflichten des Kontoinhabers	72
II. Das Kontoguthaben und die Gutschrift	73
1. Der Rechtscharakter des Kontoguthabens	73
a. Die Bezeichnung des Kontoguthabens	73
b. Der Rechtscharakter des Kontoguthabens	74
2. Das Guthaben durch eine Gutschrift aus der Überweisung	75
a. Die Gutschrifterteilung	75
b. Vergleich des Guthabens aus der Gutschrift zu dem per Bar-einzahlung	75
c. Die Rückweisung der Gutschrift	76
B. Der Überweisungsauftrag und der Überweisungsvertrag	77
I. Der Rechtscharakter des Überweisungsauftrags	77
II. Der Überweisungsvertrag	78
1. Das Zustandekommen des Überweisungsvertrags	78
2. Die dogmatische Qualifikation des Überweisungsvertrags	80
3. Die Ablehnung der Einordnung des Überweisungsvertrags als „Kettenvertrag“	80
C. Die Überweisung als bargeldlose Zahlungsform	82
I. Die Erfüllung der Geldschuld durch Barzahlung und Banküberweisung	82
1. Die Erfüllung der Geldschuld durch Barzahlung	82
2. Die Erfüllung der Geldschuld durch Überweisung	83
II. Die Risiken der Banküberweisung im Vergleich zur Barzahlung	84
1. Die Risiken aufgrund von Unterschieden zwischen Bargeld und Buchgeld	84
2. Die Risiken aus dem Aufrechnungsrecht der Banken	85
3. Die Risiken des Überweisungsbegünstigten aus dem Valuta- und Deckungsverhältnis	86
III. Die Gleichstellung von Überweisung und Barzahlung	87
1. Das Bedürfnis der Gleichstellung von Barzahlung und Überweisung	87
2. Die dogmatische Lösung zur Gleichstellung von Überweisung und Barzahlung	87

a. Die Trennung des Überweisungsvorgangs vom Valutaverhältnis	87
b. Der Schutz des Begünstigten vor Mängeln des Deckungsverhältnisses	88
c. Der Schutz des Begünstigten vor einem Stornoakt der Empfängerbank	89
d. Die Schwäche der Gutschrift wegen ihres Forderungscharakters	89
D. Zusammenfassung des Kapitels	90
 Teil 2 Die Rechtsstellung der einzelnen beteiligten Parteien bei Leistungsstörungen	 93
 Kapitel 5 Die Grundlegenden gesetzlichen Bestimmungen des Haftungssystems im Überweisungsverkehr	 93
A. Die Haftungsregelungen in der ZVM von 1997	93
I. Zitat der §§ 241, 242 und 252 ZVM	94
II. Wörtliche Auslegung	94
1. Entnahme der implizit vorausgesetzten Verschuldensabhängigkeit der Haftung	94
2. Die Auslegung der „groben Fahrlässigkeit“ in § 242 S. 2 ZVM	95
a. Die Bedeutung des „ <i>zijin peichang</i> “	95
b. Die Bedeutung der Begriffe „ <i>cuo fu</i> “ und „ <i>mao ling</i> “	96
c. Der Maßstab der „groben Fahrlässigkeit“ aus § 17 ZVM	96
3. Der Inhalt der Bankhaftung	97
a. Die Auslegung der Begriffe „ <i>peichang jin</i> “, „ <i>peichang zeren</i> “ und „ <i>zijin peichang</i> “	97
b. Der „Geldersatz“ in § 241 ZVM	97
4. Keine Haftung für Fehler der Post	98
III. Anmerkung und Bewertung durch die vorliegende Arbeit	98
1. Punktuelle und pragmatische Regelungen	98
2. Das Problem der „Bankfreundlichkeit“	99
3. Die niedrige Stellung der ZVM im chinesischen Normensystem	101
 B. Die Bewertung der Bankhaftung in der ZVM am Maßstab der §§ 6, 33 und 73 KBG	 102
I. Zitat der einschlägigen Bestimmungen des KBG	102
II. Die Bewertung des § 242 S. 2 ZVM anhand der §§ 6 und 33 KBG	103
1. Der Einlagekapitalsschutz in den §§ 6 und 33 KBG	103
2. Der Widerspruch des § 242 S. 2 ZVM zu den §§ 6 und 33 KBG	104
III. Die Bewertung der §§ 241 ff. ZVM anhand des § 73 KBG	104
1. Die Übertragung des § 73 KBG auf den Überweisungsverkehr	104
2. Der Vergleich der Haftungsvoraussetzungen in ZVM und im KBG	105
3. Die Bewertung des Haftungsumfangs in ZVM anhand des § 73 KBG	106

Inhaltsverzeichnis

C. Die Bewertung und Ergänzung des Haftungsrechts in der ZVM und im KGB am Maßstab des VG und der AGZ	106
I. Die Haftung aus Vertragsverletzung	106
1. Die Grundbestimmungen	106
2. Die Voraussetzungen der Vertragsverletzungshaftung	107
3. Die Haftungsarten und der Umfang des Schadenersatzes	108
a. Die Haftungsarten in den AGZ und im VG	108
b. Der Schadenersatz und das Vollkompensationsprinzip	109
c. Die Vertragsstrafe und die Voll- bzw. eventuelle Überkompensation	110
4. Die Haftungsbefreiung und Haftungsbeschränkung	112
a. Bei höherer Gewalt	112
b. Bei Mitverschulden und fehlendem Verschulden	113
II. Die deliktische Haftung	114
1. Die Grundbestimmungen	114
2. Die Voraussetzungen	114
3. Die Haftungsformen und der Umfang des Schadenersatzes	116
4. Die Haftungsbefreiung und Haftungsbeschränkung	116
a. Bei so genannten „gerechten Gründen“	116
b. Bei Mitverschulden und fehlendem Verschulden	117
III. Die Haftung aus Bereicherungsrecht	117
1. Die Grundbestimmung	118
2. Die Voraussetzungen des Bereicherungsanspruches	118
3. Die Rückgabepflicht und deren Beschränkung	119
D. Zusammenfassung des Kapitels	119
 Kapitel 6 Die Rechtsstellung des Überweisenden bei Leistungsstörungen	121
A. Die Rechtsstellung bei einer „störungsfreien“ Überweisung	121
I. Das Recht zur Banküberweisung	121
II. Die Pflichten zur Bindung an den Überweisungsauftrag	122
III. Das Recht zum Widerruf der Überweisung	122
1. Die Regelung des Widerrufs des Überweisenden	122
a. Zitat der §§ 177–179 ZVM	122
b. Wörtliche Auslegung	123
(1) „chexiao huikuan“ in § 177 ZVM und „tui hui“ in § 178 ZVM	123
(2) „keyi shenqing“ (kann ... beantragen) in §§ 177 und 178 ZVM	124
(3) „zhuanhui yinhang“ in § 179 ZVM	124
2. Das Konzept zur zeitlichen Begrenzung	124
a. Das dreistufige Konzept zur zeitlichen Begrenzung	124
b. Anmerkung der vorliegenden Arbeit	126
3. Weitere Bedingungen für den Widerruf des Überweisenden	126
4. Die Rechtsfolge des rechtszeitigen Widerrufs	127

B. Die Rechtsstellung bei einer fehlgeschlagenen Überweisung	128
I. Die Leistungsstörungen aus Sicht des Überweisenden	128
1. Die Gruppierung der Leistungsstörungen	128
2. Die Störungsumstände der Überweisung ohne wirksamen Auftrag	128
3. Die Leistungsstörung bei einer Überweisung mit wirksamem Auftrag	130
II. Die typischen Schäden des Überweisenden	131
1. Typische Leistungsstörungsfälle	131
a. Der „Ein-Yuan-für-eine-Minute-Fall“	131
b. Der „8-Tage-Verspätung-Eilüberweisungsfall“	132
c. Der „Stromausfall-Überweisungsfall“	133
d. Der „Fengyang-Überweisungsfall“	133
2. Die möglichen Schäden des Überweisenden	135
III. Der Anspruch auf Schadenersatz gegen die Banken	135
1. Die möglichen Anspruchsgrundlagen	135
a. Die Bestimmungen der §§ 241 ff. ZVM	135
b. Vertragliche Ansprüche gegen die Überweisungsbank	136
c. Deliktsrechtliche Ansprüche	137
2. Das Verschuldensprinzip und die Beweislast	137
3. Das Kausalitätsproblem	138
4. Das Problem des Umfangs des Schadenersatzes	138
IV. Der Anspruch gegen den unberechtigten Empfänger	139
C. Die Konkretisierung des Verschuldens anhand von Einzelfällen	140
I. Bei der Überweisung ohne wirksamen Auftrag	140
1. Bei fehlendem Überweisungsauftrag	140
2. Bei der Überweisung aufgrund eines verfälschten Auftrags	140
a. Verfälschung durch Bankangestellte	141
b. Verfälschung des Personalausweises bzw. Stempels durch Dritte	141
(1) Fälschungsumstände	141
(2) Die Problematik der „formalen Prüfung“ in der ZVM	142
(3) Die neue judikative Ansicht	143
(4) Die Ansicht der Arbeit: Die Theorie der Risikoverteilung	144
(5) (Mit)verschulden des Überweisenden und die Theorie von „unabhängigen Dritten“	144
c. Identitätsfälschung durch echte Kontounterlagen	145
d. Fälschung mit Geheimzahl	145
e. Fälschung durch „Hackerattacken“ bei der beleglosen Überweisung	146
3. Bei fehlender Vertretungsmacht	147
II. Bei der Überweisung mit wirksamem Auftrag	148
1. Bei Unterlassung der Überweisungsbank	148
a. Bei einem umstrittenen Deckungsmangel	148
(1) Die Deckungspflicht des Überweisenden und die entsprechende Prüfungspflicht der Überweisungsbank	148

Inhaltsverzeichnis

(2) Die Problematik bei der Bareinzahlung	149
(3) Die Problematik bei der Deckung mit Guthaben	150
(a) Bei Unstimmigkeiten hinsichtlich des Kontostandes	150
(b) Bei einer Unterschlagung durch die Bankangestellten	151
(c) Bei Zurückziehung einer Kreditlinie	152
b. Bei nachträglicher Entdeckung eines Deckungsmangels	153
(1) Fragestellung	153
(2) Der „Cangzhou-Bank-of-China-Scheckzahlungsfall“	153
(3) Die Ansicht der vorliegenden Arbeit	154
c. Beim Verdacht des Vorliegens einer strafbaren Handlung	155
2. Bei der verzögerten Überweisung	155
a. Die Problematik der unklaren Leistungsfrist	155
b. Die Problematik bei der Fristvereinbarung	156
3. Bei einer Überweisung über einen zu geringen Betrag	157
4. Bei der Zahlung an einen falschen Empfänger	157
a. Aufgrund eines Versehens	157
b. Aufgrund der betrügerischen Handlung eines Dritten	157
(1) Die Definition und Funktion der „Abhebungsüberweisung“	158
(2) Die Pflichten zur Legitimationsprüfung und Übertragung des Betrags der Empfängerbank in § 176 ZVM	158
(3) Das Bankverschulden bei der Zahlung an einen falschen Empfänger	159
D. Zusammenfassung des Kapitels	161
 Kapitel 7 Die Rechtsstellung der beteiligten Banken bei Leistungs- störungen	 163
A. Die Rechtstellung bei einer störungsfreien Überweisung	163
I. Die Annahmepflicht	163
II. Die Pflicht zur Legitimationsprüfung	164
1. Die Pflicht zur Legitimationsprüfung	164
a. Zwingende Maßnahmen als Basispflicht	164
b. Maßnahmen gegen Fälschungstaten	165
c. Die Erhöhung des Risikobewusstseins des Bankangestellten	166
2. Die Prüfung der Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben im Auftragsformular	166
3. Die Prüfung der Deckung	167
III. Die Pflicht zur Ausführung des Überweisungsauftrags	168
1. Der Grundsatz: Die korrekte, unverzügliche und sichere Ausführung	168
2. Die „korrekte“ Ausführung	168
a. Das Prinzip der strengen Bindung an den Auftrag	168
b. Der Inhalt der streng auftragsgebundenen Ausführung der Banken	169
c. Die Pflicht zur Rücksprache und Rücküberweisung sowie das Verbot eigener Ermittlungen im Zweifelsfall	170

3. Die „unverzügliche“ Ausführung	171
4. Die „sichere“ Ausführung	172
IV. Die Sorgfaltspflicht der Banken als allgemeine Nebenpflicht	173
1. Die Aufklärungs- und Informationspflicht	173
2. Die Geheimhaltungspflicht	174
B. Die Rechtsstellung bei einer fehlgeschlagenen Überweisung	175
I. Bei der Ausführung ohne wirksamen Auftrag	175
1. Kein vertraglicher Erstattungsanspruch gegen den Überweisenden	175
2. Der Rückzahlungsanspruch gegen den Empfänger	175
3. Der Bereicherungsrechtliche Anspruch gegen den Überweisenden	176
II. Bei der fehlgeschlagenen Ausführung mit wirksamem Auftrag	176
1. Die Ausführung bei einem Deckungsmangel	176
2. Die Haftung für eigenes Verschulden und das Ausgleichsrecht	177
III. Die „werkvertragliche“ Haftung	178
1. Die „werkvertragliche“ Haftung der Überweisungsbank	178
C. Sonderproblem: Das Aufrechnungs- bzw. „Entziehungsrecht“	179
I. Die Rechtsgrundlage des „Entziehungssystems“	179
1. Die „Allgemeinen Grundsätze über Darlehen“ (AGD)	179
2. Judikative Interpretationen zum „Bankentziehungs-system“	180
3. Regelungen zum Aufrechnungsrecht: §§ 99 und 100 VG	180
a. Der Wortlaut der §§ 99 und 100 VG	180
b. Anmerkungen zur Aufrechnungslehre	181
(1) § 99 Abs. 1 VG und die „gesetzliche Aufrechnung“	181
(2) § 100 VG und die „vereinbarte Aufrechnung“	181
(3) § 99 Abs. 2 VG und die Qualifizierung des Aufrechnungsrechts als einseitiges Gestaltungsrecht	182
II. Einzelprobleme des Bankaufrechnungsrechts in der Bankpraxis	182
1. Aufrechnungsverbot mit Ansprüchen eines Dritten	182
2. Problematik der Aufrechnung mit Vorauszahlungen auf den Kaufpreis	183
3. Das Problem der Aufrechnung der Zwischenbank	184
4. Die Problematik der direkten Entziehung vom Konto des Bürgen	185
a. Der „Jiajia-Immobilien-Fall“ als Ausgangspunkt	185
b. Literaturansichten	185
c. Zwischenergebnis	185
D. Zusammenfassung des Kapitels	187
 Kapitel 8 Die Rechtsstellung des Überweisungsempfängers bei Leistungstörungen	 190
A. Die Rechtsstellung dem Überweisenden gegenüber	190
I. Der Erfüllungsanspruch aus dem Valutaverhältnis	190
II. Die Erfüllung per Banküberweisung	191
1. § 62 Nr. 3 S. 1 VG über die Erfüllung per Geldzahlung	191

Inhaltsverzeichnis

2. Die Problematik des Erfüllungszeitpunkts	192
a. Bei der Gutschrift auf das vom Empfänger bestimmte Konto . . .	192
b. Bei der „Abhebungsüberweisung“	192
3. Probleme der Gutschrift auf einem anderen Konto des Empfängers	193
III. Ansprüche bei der fehlerhaften Erfüllung der Überweisung	194
1. Der Anspruch auf Nacherfüllung	194
a. Die Rechtsgrundlage	194
b. Die Besonderheit bei Verschulden der beteiligten Banken	194
2. Die Ansprüche bei einer verspäteten Überweisung	195
B. Die Rechtsstellung den beteiligten Banken gegenüber	196
I. Der Übertragungsanspruch gegen die Empfängerbank	196
1. Der Anspruch aus den §§ 175 und 176 ZVM	196
2. Der Anspruch aus einem vertraglichen Rechtsverhältnis	197
a. Der Anspruch aus dem Verrechnungskontovertrag	197
b. Der Anspruch aus einem Vertrag zugunsten Dritter	197
(1) Der Vertrag zugunsten Dritter als Anspruchgrundlage	197
(2) Die Rechtslehre des V.z.D. und § 64 VG als allgemeine Regelung	198
(3) Die Ansicht der vorliegenden Arbeit	199
II. Der Anspruch auf Schadenersatz gegen die beteiligten Banken	200
C. Sonderproblem: die Rückzahlungspflicht	200
I. Dem Überweisenden gegenüber	201
II. Den Banken gegenüber	201
1. Konfrontierungsumstände und Rechtsgrundlage	201
2. Einwendungen	202
a. Beim Bestehen eines Valutaverhältnisses	202
b. Bei Entreicherung	203
3. Der Schutz vor einem Stornoakt der Empfängerbank	204
D. Zusammenfassung des Kapitels	205
Fazit	207
Literaturverzeichnis	210
Sachverzeichnis	219

Abkürzungsverzeichnis

Hinsichtlich der übrigen Abkürzungen s. Hildebert Kirchner, Abkürzungsverzeichnis der Rechts-
sprache, 4. Aufl. Berlin/New York 1993.

AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
Abs.	Absatz
AGZ	Allgemeine Grundsätze des Zivilrechts (民法通则) Verabschiedet vom Nationalen Volkskongress am 12.12.1986, in Kraft seit 01.01.1987.
Aufl.	Auflage
BBR	Buchhaltungs- und Berechnungsrichtlinien der Zahlungsverrechnung (支付结算会计核算手续) Verabschiedet von der Volksbank am 19.09.1987, in Kraft seit 01.04.1989.
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch (Deutschland)
BVM	Bankverrechnungsmethode (银行结算办法) Verabschiedet von der Volksbank am 19.12.1988, in Kraft am 01.04.1989 und seit 1997 ersetzt durch ZVM.
CNAP	Das Chinesische Moderne Zahlungssystem (中国现代化支付系统)
CNY	Offizielle Abkürzung für die chinesische Währung „Renminbi“
CNYKontoM	Verwaltungsmethode der Renminbi-Verrechnungskonten (人民币银行结算帐户管理办法) Verabschiedet und verkündigt von der Volksbank am 01.09.2003, in Kraft seit der Verkündigung.
DKV	Verwaltungsbestimmungen über die Devisenkonten innerhalb der Lan- desgrenze (境内外汇账户管理规定) Verabschiedet von der Volksbank am 10.07.1997, in Kraft seit 15.07. 1987.
EIS	Nationales Elektronisches Zahlungssystem der Volksbank (人民银行电子联行支付系统)
EZK	Elektronisches Überweisungssystem der Kommerzbanken (商业银行电子汇兑系统)
GGG	Gesetzgebungsgesetz der VR China (中华人民共和国立法法) Verabschiedet vom Nationalen Kongress am 15.03.2000, in Kraft seit 01.06.2000.
GZM	Geschäftshandlungsmethode über das Großzahlungssystem (zur Erpro- bung) (大额支付系统业务处理办法(试行))
KBG	Kommerzbankgesetz der VR China (中华人民共和国商业银行法) Verabschiedet vom Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses am 10.05.1995, in Kraft seit 01.07.1995.
KontoM	Verwaltungsmethode der Bankkonten (银行账户管理办法) Verabschiedet und verkündigt von der Volksbank am 01.11.1994, in Kraft seit der Verkündigung und ersetzt durch CNYKontoM seit 2003.
LCH	local change hous (同城清算所)
LCHS	local change house system (同城清算系统)
LKG	Chinesische Landwirtschaftliche Kreditgenossenschaften (农村信用合作社)

Abkürzungsverzeichnis

NMZ	Nationales Manuelles Zahlungssystem der Volksbank (人民银行手工联行支付系统)
SAFE	State Administration of Foreign Exchange
SKG	Chinesische Städtische Kreditgenossenschaften (城市信用合作社)
SparVV	Verwaltungsverordnung der Spareinlagen (存款管理条例) Verabschiedet vom Staatsrat am 11. 12. 1992, in Kraft seit 01.03. 1993
SparVV-AusF	Regelungen zur Durchführung der SparVV (关于执行《储蓄管理条例》的若干规定) Verabschiedet von der Volksbank am 12. Januar 1993
UCC	Uniform Commercial Code
UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade Law
VBG	Volksbankgesetz der VR China (中华人民共和国人民银行法) Verabschiedet vom Nationalen Volkskongress am 18.03. 1995 und in Kraft seit der Verkündung
VG	Vertragsgesetz der VR China (中华人民共和国合同法) Verabschiedet vom Nationalen Volkskongress am 15.03. 1999, in Kraft seit 01. 10. 1999.
V.z. D.	Vertrag zugunsten Dritter
WSG	Wechsel- und Scheckgesetz der VR China (中华人民共和国票据法) Verabschiedet vom Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses am 10.05. 1995, in Kraft seit 01.01. 1996.
WVG	Wirtschaftsvertragsgesetz der VR China (中华人民共和国合同法) Verabschiedet vom Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses am 13. 12. 1981, in Kraft seit 01.07. 1982; ersetzt durch Einführung des VG im Jahr 1999.
WVG-Antwort	Antwort des Obersten Volksgericht zu Fragen der Anwendung des WVG bei der Verhandlung von Streitfällen über Wirtschaftsverträge (关于在审理经济合同纠纷案件中具体适用《经济合同法》的若干问题的解答) Von 1987
ZVM	Zahlungsverrechnungsmethode (支付结算办法) Verabschiedet von der Volksbank am 19.09. 1997, in Kraft seit 01. 12. 1997.

Einleitung

Diese Arbeit behandelt einen Teil des bargeldlosen Zahlungsverkehrs in der VR China, das chinesische Recht im Rahmen der durch die Banken ausgeführten Überweisung (Banküberweisung). Unter der Banküberweisung versteht man den bankgeschäftlichen Vorgang, bei dem der Schuldner seiner Bank den Auftrag erteilt, zu Lasten seines Kontos eine bestimmte Summe auf das Konto des Begünstigten zu transferieren.

Der **Anlass** dieser Arbeit ist einerseits die Diskussion über den Einlagevertrag und den Girovertrag anlässlich des Entwurfs des chinesischen Vertragsgesetzes, das am 15. März 1999 vom Chinesischen Nationalen Volkskongress verabschiedet wurde – in Bezug auf den Einlage- und Girovertrag aber wegen der rechtlich unausgereiften Vorbereitung nicht in Kraft getretenen ist, andererseits das kürzlich verabschiedete deutsche Überweisungsgesetz vom 14. August 1999, welches neue gesetzliche Regelungen in Bezug auf Überweisungen (§§ 675a–g BGB) enthält. Diese unterschiedlichen Ergebnisse der Gesetzgebung in beiden Staaten regten die Verfasserin zunächst dazu an, unter rechtsvergleichender Einbeziehung des deutschen Überweisungsrechts die rechtliche Problematik des chinesischen Überweisungsrechts zu untersuchen. Im Laufe der Arbeit wurde jedoch deutlich, dass eine umfangreiche Untersuchung der chinesischen Rechtslage sinnvoller ist als ein Vergleich, in dessen Rahmen einige wichtige Problematiken zwangsläufig nur verkürzt hätten dargestellt werden können.

In der Arbeit wird das **Ziel** verfolgt, sowohl zivil- und bankrechtliche Unklarheiten als auch die Schwierigkeiten bezüglich der systematischen und dogmatischen Einordnung der rechtlichen Praxis in der VR China dazulegen, um davon ausgehend die rechtlichen Rahmenbedingungen des chinesischen Überweisungsverkehrs zu analysieren. Da das chinesische Überweisungsrecht in Deutschland bislang noch nicht untersucht worden ist, soll die Arbeit auch die Bedürfnisse des deutschen Rechtsanwenders, deren Arbeitsgebiet sich aus wirtschaftlichen oder rechtswissenschaftlichen Gründen auf den chinesischen Überweisungsverkehr ausdehnt, bedienen.

Eine **Beschränkung** der Thematik der Arbeit erfolgt zunächst dadurch, dass die Arbeit den Überweisungsverkehr nur im Rahmen des Zivilrechts untersucht. Desgleichen beschränkt sich die Darstellung auf das chinesische Recht im engeren Sinn, nämlich das Recht, dessen Anwendungsgebiet sich nur auf das so genannte „Festland von China“ bezieht. Ausgeschlossen werden daher das Überweisungsrecht in Hongkong und Macau sowie internationale Überweisungen. Betrachtet werden weiter nur die Rechtsverhältnisse zwischen den an der Überweisung unmittelbar

Einleitung

teilnehmenden Parteien, nämlich der Bank und dem Kunden, bzw. der Banken untereinander. Darüber hinausgehende Beziehungen etwa zwischen den Banken zu Dritten wie z. B. dem Anbieter der Zahlungstechnik, dem Überweisenden und dem Begünstigten aus ihrem Grundschuldverhältnis, sollen von der Untersuchung ausgenommen und nur diskutiert werden, wenn es im Zusammenhang sinnvoll erscheint. Betrachtet wird weiter nur die Banküberweisung, aber nicht die Postüberweisung.

Die **Darstellung** der Arbeit gliedert sich hauptsächlich in zwei Teile. Der **Teil 1** umfasst vier Kapitel. Zunächst wird in **Kapitel 1** ein Überblick über die Entstehung und die historische Entwicklung des modernen Rechtssystems des Bankwesens und Bankzahlungsverkehrs unter besonderer Berücksichtigung des Überweisungsverkehrs gegeben. Das Kapitel endet mit einem Überblick über die aktuellen Rechtsquellen.

In **Kapitel 2** wird eine genaue Untersuchung der wichtigsten Grundbegriffe des Überweisungsverkehrs wie der Überweisung, des Überweisungsauftrags, der jeweiligen beteiligten Parteien und der Banken- bzw. Kreditinstitute vorgenommen. Da es immer schwierig ist, in anderen Sprachen eine stimmige Übersetzung für einen Begriff zu finden, werden hier in erster Linie der Hintergrund und die Unterschiede der betreffenden Begriffe in Gesetz und Praxis behandelt.

Anschließend werden in **Kapitel 3** zunächst das komplizierte Verrechnungssystem sowie auch die Voraussetzungen der Eröffnung der verschiedenen Kontoarten dargestellt. Dann folgt die Beschreibung der technischen Abwicklung der Überweisung in der Praxis, aus der man entnehmen kann, wie in der Bankpraxis das gesamte System funktioniert, wenn der Überweisende einen Geldbetrag mittels Überleitung einer bzw. mehrerer Banken an einen anderen überweisen will.

Kapitel 4 behandelt die rechtsdogmatischen Grundlagen der Überweisung. So wird zunächst das Rechtsverhältnis zwischen der Bank und ihren Kunden hinsichtlich der Unterhaltung eines Verrechnungskontos dargestellt. Dabei werden der Rechtscharakter des Kontoguthabens und die Unterschiede des Guthabens aus einer Gutschrift zu dem per Bareinzahlung analysiert. Anschließend wird der Rechtscharakter des Überweisungsauftrags untersucht und zu dem Ergebnis gekommen, dass durch diesen Auftrag ein selbständiger Überweisungsvertrag zwischen dem Überweisenden und der beauftragten Bank zustande kommt. Ein weiterer Aspekt ist der Vergleich der Überweisung als bargeldlose Zahlungsform mit der Barzahlung im Hinblick auf ihre Erfüllungsfunktion der Schuld aus dem Grundverhältnis. Dabei werden vor allem die Problematik von Unsicherheiten für die Parteien, die diese Form des Geldtransfers wählen thematisiert.

Der **zweite Teil** beschäftigt sich mit den Leistungsstörungen im Überweisungsverkehr und der damit verbundenen zivilrechtlichen Haftung. In **Kapitel 5** werden zunächst die wichtigsten Haftungsregelungen des Überweisungsverkehrs, nämlich die §§ 241 ff. in der 1997 von der Volksbank erlassenen „**Zahlungsverrechnungsmethode**“ unter Berücksichtigung der entsprechenden Regelungen in den höherrangigen Gesetzen, dem „**Kommerzbankgesetz der VR China**“ von 1995, dem

„**Vertragsgesetz der VR China**“ von 1999 und der „**Allgemeinen Grundsätzen des Zivilrechts**“ von 1986, kritisch bewertet. Dabei geht es im Wesentlichen um die Fragen der Voraussetzungen, Tragungsarten bzw. der Umfang der Haftung und die Bedingungen für eine Haftungsfreierung bzw. -beschränkung.

Kapitel 6 behandelt die Rechtsstellung des Überweisenden. Ausgehend von einer Darstellung der Rechte und Pflichten des Überweisenden bei einer störungsfreien Überweisung werden die Hauptfallgruppen der Leistungsstörungen aus Sicht des Überweisenden und die dadurch entstandenen typischen Schäden des Überweisenden dargestellt. Dann wird untersucht, gegen wen bzw. unter welchen Bedingungen der Überweisende einen Schadenersatz verlangen kann. Angesichts der Tatsache, dass die wirkliche Unsicherheit des Überweisenden bei der Rechtsgeltendmachung in der Beurteilung des Verschuldens der Bank bzw. des eigenen Verschuldens liegt, wird im letzten Teil dieses Kapitels durch Analyse der typisierten Einzelfällen untersucht, in welchen Situationen der Überweisenden mit dem Vorliegen eines Bankverschuldens bzw. der Anrechnung eines eigenen Verschuldens rechnen muss. Ein besonderes Augenmerk legt die Arbeit auf die verschiedenen Risikoverteilungsgrundsätze der Auftragsfälschung und die Ausführungsunterlassung der Bank aufgrund mangelnder Deckung.

Kapitel 7 wendet sich der Rechtsstellung der an der Überweisungskette beteiligten Banken zu. Hier wird ebenfalls zunächst ein Abriss der Rechte und Pflichten der beteiligten Bank gegeben. Anschließend werden basierend auf den gewonnenen Ergebnissen in Kapitel 6 die Leistungsstörungen aus Sicht der Bank kurz dargestellt, um schwerpunktmäßig zu untersuchen, wie die Bank die bei einer fehlgeschlagenen Überweisung erlittenen Schäden auf die anderen Parteien zum Teil oder ganz verlagern kann. Am Ende des Kapitels wird das in der chinesischen Bankzahlungspraxis immer wieder auftauchende Problem behandelt, ob und wie eine Bank an dem Transferbetrag ein eigenes Aufrechnungsrecht dem Überweisenden oder dem den Begünstigten gegenüber ausüben kann.

In **Kapitel 8** geht es schließlich um die Rechtslage des Überweisungsbegünstigten. Ausgehend von einer Darstellung des Erfüllungsanspruches gegen den Überweisenden aus dem Grundverhältnis wird untersucht, zum welchen Zeitpunkt die Überweisung als Erfüllung der Geldschuld erfolgt und welche Ansprüche der Begünstigte nach dem Fehlschlagen der Überweisung hat. Dann wird der Anspruch gegen die Banken auf Übertragung des Transfergeldes untersucht. Als Sonderproblem wird schließlich die Problematik der Rückgabe des aufgrund einer fehlerhaften Überweisung erlangten Betrags behandelt.

Die Arbeit schließt im **Fazit** mit einer Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse in Form von Thesen ab.